

# Recht & Steuern

## 2014 wird steuerpolitisch ein «lautes» Jahr

Von Dr. Frank Marty

Leiter Finanz- und Steuerpolitik und Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse



Die Kunst der Besteuerung besteht nach dem alten Ausspruch des französischen Finanzministers Colbert (18. Jh.) bekanntlich darin, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viel Federn bei möglichst wenig Geschrei erhält. In der Schweiz wird es dieses Jahr im Steuerbereich ziemlich viel Geschrei geben. Das ist zum einen so gewollt: Volksinitiativen wollen das Schweizer Steuersystem in wichtigen Bereichen ändern. Das Geschrei ist aber auch ein Reflex auf Druck von aussen – ungewollt, aber nicht weniger laut. Mit beidem wird sich die Schweiz nächstens beschäftigen müssen. 2014 wird steuerpolitisch ein spannendes oder, je nach Sichtweise, vor allem auch sehr herausforderndes Jahr.

Welches sind die Schwerpunkte? An erster Stelle steht die Unternehmenssteuerreform III. Sie hat zum Ziel, den Steuerstandort Schweiz attraktiv zu halten und gleichzeitig seine internationale Akzeptanz zu sichern. Das Unterfangen ist technisch schwierig und politisch heikel. Bund und Kantone, EU und OECD, der nationale und internationale Steuerwettbewerb, die öffentlichen Finanzen und der Finanzausgleich – sie alle nehmen Einfluss auf die Reform und machen sie denkbar anspruchsvoll. Weil nicht weniger als die internationale Ausstrahlung unseres Wirtschaftsstandorts

auf dem Spiel steht, und damit verbunden zehntausende Arbeitsplätze und Milliarden an Steuereinnahmen, kann sich die Schweiz ein Scheitern nicht leisten. Die Lösungssuche läuft intensiv. Bund und Kantone haben eben erste Empfehlungen veröffentlicht. Im Sommer stellt der Bundesrat einen konkreten Vorschlag vor.

Was die Unternehmenssteuerreform für die internationalen Konzerne, ist die Erbschaftssteuer für die KMU: ein Thema, bei dem es ums Lebendige geht. Eine Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer von 20% für Erbschaften über 2 Millionen Franken ist eingereicht und wird demnächst im Bundesparlament behandelt. Für die Familienunternehmen ist das Projekt in jeder Beziehung ein rotes Tuch. Die häufig schwierige Nachfolgeplanung würde noch einmal zusätzlich erschwert, die hohe Vermögensbelastung in der Schweiz in neue Höhen getrieben. Tausende KMU-Unternehmer sehen ihre Firmen gefährdet. Das Volk entscheidet wahrscheinlich 2015 über das Anliegen. Die Debatte läuft an und bald schon heiss.

Wie die nationale Erbschaftssteuer würde auch die Abschaffung der Aufwandbesteuerung in die Steuerhoheit der Kantone eingreifen. Das vor kurzem erst revidierte Instrument der Pauschalsteuer, wie die Aufwandbesteuerung kurz genannt wird, stellt in verschiedenen Kantonen einen Standortpfeiler von volkswirtschaftlicher Bedeutung dar. Ähnliche Steuerformen bestehen im Ausland unangefochten – die Abschaffung in der Schweiz wäre darum ein reines Eigengoal. Sie wird ebenfalls von einer Volksinitiative verlangt. Verschiedene Kantone wehren sich vehement dagegen. Auch hier ist eine intensive politische Auseinandersetzung zu erwarten.

Weiter werden zu reden geben: eine neue Öko-Steuer oder Lenkungsabgabe zur Förderung der Energiewende, eine weitere Familiensteuerinitiative samt Abschaffung der Heiratsstrafe, Fragen um den automatischen Informationsaustausch (das Wann und das Wie und ob überhaupt), die Zukunft der Verrechnungssteuer, was eine faire Mehrwertsteuer ist am Beispiel der Gastronomie u.a.m.

2014 wird steuerpolitisch laut und bewegt – ich freue mich, mit Ihnen zusammen an dieser Stelle durch das Jahr zu gehen.

[frank.marty@economiesuisse.ch](mailto:frank.marty@economiesuisse.ch)  
[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)